

Protokoll

Zeit: 16:10 Uhr – 18:35 Uhr
Ort: Konferenzzentrum im Ludwig Erhard Haus

Vorsitz: Präsident Dr. Eric Schweitzer

Anwesend: Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder und Gäste.

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)
Christian Wiesenhütter (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)
Katja Steinbrück
Katharina Wunderlich (Protokollführerin)

Tagesordnung:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 10. Januar 2014**
- TOP 2: Entwicklung Tempelhofer Feld**
- TOP 3: Förderung bildungspolitischer Zwecke – Umsetzung des Beschlusses der Vollversammlung vom 10. Januar 2014**
- TOP 4: Vorschläge zur Nominierung von Arbeitgebervertretern für den Berufsbildungsausschuss (BBA) der IHK Berlin**
- TOP 5: Gehaltssystem der IHK Berlin**
- TOP 6: Aktuelle Themen**
- TOP 7: Verschiedenes**

Bei Eintritt in die Tagesordnung sind 58 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

TOP 1: **Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 10. Januar 2014**

Die Vollversammlung genehmigt die Niederschrift der Sitzung der Vollversammlung vom 10. Januar 2014 einstimmig.

TOP 2: **Entwicklung Tempelhofer Feld**

Herr Dr. Schweitzer erinnert noch einmal an die lange Diskussion um die Schließung des Tempelhofer Flughafens und bedauert, dass bei der Schließung im Jahr 2008 kein Konzept zur Nachnutzung vorgelegen hat. Mit dem für den Tag der Europawahl am 25. Mai 2014 geplanten Volksentscheid soll nun der als „Zwischennutzung“ gedachte Zustand Tempelhofer als Grünfläche zementiert und jegliche Bebauung verhindert werden. Sollte das gelingen, hätte dies fatale Folgen für die Entwicklung anderer Stadtprojekte.

Herr Wiesenhütter ergänzt, dass Berlin im letzten Jahr um 254.000 Einwohner gewachsen ist und noch weiter wachse. Auch die Zahl der Erwerbstätigen steigt von 1,76 Mio. im Jahr 2012 auf voraussichtlich 1,87 Mio. im Jahr 2030. Diesem Wachstum Berlins muss durch eine langfristige Planung Rechnung getragen werden. Dies gilt auch für die interessengerechte Nachnutzung des Tempelhofer Feldes, weshalb die Entwicklung eines kleinen Teils des 355 Hektar großen Geländes zu Wohn- und Arbeitsflächen sinnvoll und auch notwendig ist. Derzeit formt sich ein breites Bündnis verschiedener Interessengemeinschaften, an dem sich neben den Kammern und Wirtschaftsverbänden u.a. auch der Landessportbund, die Fachgemeinschaft Bau, der Bauindustrieverband, der DGB, der BBU, der BFW, die LIGA der Wohlfahrtsverbände, der Mieterverein Berlin-Brandenburg e.V. und ein Bündnis der Wohnungsgesellschaften beteiligen. Ziel des Bündnisses ist es, sich für eine sinnvolle Nachnutzung des Tempelhofer Feldes einzusetzen, bei der auch Wohn-, Arbeits- und Sportflächen auf dem Tempelhofer Feld gewährleistet sind. Eine 230 Hektar große Grünfläche, die sogar noch größer ist als der Tiergarten, soll nach wie vor erhalten bleiben. Wichtig ist, dass sich das Bündnis von dem 2013 von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt vorgelegten Masterplan (s. Anlage 1) zur Bebauung des Tempelhofer Feldes lösen möchte. Die Planung der Bebauung an den Rändern des Tempelhofer Feldes soll im Rahmen eines weit angelegten Partizipationsprozesses noch einmal neu gedacht werden.

Anmerkungen machen die **Herren Dobat, Hübner, Janßen, und Krüger**. Zunächst wird die Bedeutung des Tempelhofer Feldes für das Klima der angrenzenden Bezirke angesprochen. Außerdem wird der gemeinsame alternative Gesetzesentwurf der CDU und SPD-Fraktionen im Abgeordnetenhaus vom 26. Februar thematisiert, den das Bündnis unterstützen will. Herr Wiesenhütter verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass es gelingt, aus dem gemeinsamen Gesetzesentwurf der Regierungsfractionen möglicherweise einen überparteilichen Gesetzesentwurf zu formen.

Es werden zwei Beschlüsse gefasst: zunächst zur inhaltlichen Positionierung der IHK Berlin zum Thema Tempelhofer Feld sowie zur Beteiligung der IHK Berlin am Bündnis zur Entwicklung des Tempelhofer Feldes.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung sind 65 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

Die Vollversammlung beschließt zunächst bei drei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen, dass die IHK Berlin sich für die Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen an den Rändern des Tempelhofer Feldes positioniert.

Die Vollversammlung stimmt anschließend bei vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen zu, dass sich die IHK Berlin zur Verfolgung dieser Position an dem Bündnis zur Entwicklung des Tempelhofer Feldes beteiligt.

TOP 3: Förderung bildungspolitischer Zwecke – Umsetzung des Beschlusses der Vollversammlung vom 10. Januar 2014

Herr Dr. Schweitzer bringt noch einmal seine Freude über die Entscheidung der Vollversammlung im Januar zum Ausdruck, die Überschüsse aus dem Jahr 2012 in Höhe von 11,66 Mio. Euro vollständig zur Förderung bildungspolitischer Zwecke einzusetzen. Er bedankt sich bei den Mitgliedern für die angeregte und sehr konstruktive Diskussion in der letzten Sitzung.

Herr Eder erläutert anschließend, wie dieser Beschluss in vier Schritten umgesetzt werden soll. Zunächst müssen ein Steuerungsgremium gebildet sowie dessen Mitglieder gewählt und die Kompetenzen des Gremiums festgelegt werden – diese Schritte sind für die heutige Sitzung vorgesehen. Anschließend soll das Gremium Kriterien für die Mittelvergabe und die

Grundsätze seiner Arbeit festlegen und diese in der Juni-Vollversammlung zur Abstimmung vorstellen. Danach beginnen die Auswahl der Projekte und die Vergabe der Mittel durch den Lenkungsausschuss bzw. die Vollversammlung sowie die finanztechnische Umsetzung durch das Hauptamt. Dazu gehört anschließend auch ein Controlling der Projekte durch das Steuerungsgremium und das Hauptamt gemeinsam mit entsprechenden Berichten darüber in der Vollversammlung.

Der Vorschlag für die Einrichtung und die Besetzung des Lenkungskreises folgt zwei wesentlichen Kriterien: einer arbeitsfähigen Größe mit neun oder elf Mitgliedern sowie der Berücksichtigung von Compliance-Gesichtspunkten, wonach die Mitglieder des Lenkungskreises nicht selbst im bildungspolitischen Bereich tätig sein sollen, da sie sonst über die Förderung eigener Projekte bzw. die Förderung ihrer Wettbewerber entscheiden müssten. Nach einer einzigen Interessenbekundung für das Gremium (Herr Hübner) erfolgte anschließend die Auswahl möglicher Kandidaten anhand dieser beiden Kriterien. Ebenfalls berücksichtigt wurden verschiedene Branchen und Unternehmensgrößen sowie eine Affinität zum Thema Bildung. Ferner soll der Hauptgeschäftsführer als das für die operative Umsetzung verantwortliche Organ ebenfalls in dem Gremium mitwirken. Alle angefragten Kandidaten haben zugesagt. Herr Dortans und Herr Dr. Domeyer haben im Anschluss ebenfalls ihr Interesse an einer Mitarbeit bekundet. Herr Eder schlägt vor, die beiden Herren als Kandidaten für das Gremium in die Vorschlagsliste aufzunehmen. Das Gremium hätte dann elf Mitglieder.

Zum weiteren Vorgehen schlägt Herr Eder vor, dass zunächst die Errichtung dieses Lenkungskreises beschlossen und anschließend die Mitglieder dieses Gremiums berufen werden sollen. Außerdem soll die Vollversammlung das Gremium beauftragen, sich eine Geschäftsordnung zu geben sowie Kriterien und Leitlinien für die Vergabe der Fördermittel zu formulieren.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Damen Dr. Habermann** und **Kreisch** sowie die **Herren Eder, Gruhn, Hübner, Paolini** und **Klussmann**. Dabei wird die Frage diskutiert, wer über die Mittelvergabe für die einzelnen Projekte entscheiden soll. Hierfür stehen zwei Wege offen: die Vollversammlung trifft auch alle Einzelentscheidungen oder sie delegiert diese an den Lenkungskreis, der dann der Vollversammlung regelmäßig berichtet. Im Ergebnis wird folgendes Vorgehen herausgearbeitet: Die Kompetenzen sollen geteilt werden. Der Lenkungskreis soll grundsätzlich über die Mittelvergaben selbst entscheiden. Jedoch soll im Rahmen der Vorbereitung der Förderrichtlinien auch ein Vorschlag für eine

Förderobergrenze für einzelne Projekte gemacht werden, ab der die Vollversammlung selbst über die Mittelvergabe entscheidet. Hierüber und über die anderen Formalien, die der Lenkungskreis bis dahin vorbereitet, soll in der Juni-Vollversammlung entschieden werden.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung sind 65 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

Die Vollversammlung beschließt zunächst ohne Gegenstimmen und bei sieben Enthaltungen, die Errichtung eines elf-köpfigen Lenkungsausschusses, dem die folgenden Mitglieder angehören: Dr. Andreas Domeyer, Peter Dortans, Carola Hoffmann, Christoph Hübner, Christoph Keddig, Andreas Krüger, Frank Lüske, Erdal Türker, Christian Wilkens, Dr. André Zeug und Jan Eder.

Die Vollversammlung beauftragt anschließend den Lenkungsausschuss ohne Gegenstimmen und bei zwei Enthaltungen, bis zur nächsten Sitzung der Vollversammlung im Juni 2014, sich eine Geschäftsordnung zu geben und Richtlinien zu entwickeln, die der Vergabepaxis zugrunde liegen sollen.

TOP 4: Vorschläge zur Nominierung von Arbeitgebervertretern für den Berufsbildungsausschuss (BBA) der IHK Berlin

Herr Dr. Schweitzer erklärt, dass die IHK Berlin nach dem Berufsbildungsgesetz zuständige Stelle für die Berufsbildung in nicht handwerklichen Berufen ist. In dieser Funktion ist sie verpflichtet einen Berufsbildungsausschuss zu errichten, der sich aus je sechs Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie aus sechs Lehrkräften an berufsbildenden Schulen zusammensetzt. Anders als bei den normalen Ausschüssen der IHK Berlin werden die Mitglieder aber nicht vom Präsidium berufen, sondern nach § 9 der Satzung der IHK Berlin von der Vollversammlung nominiert und dann für vier Jahre von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen berufen. Da die Amtszeit des jetzigen BBA am 31. März 2014 endet, müssen nun neue Kandidaten für die Arbeitgeberseite vorgeschlagen werden.

Herr Dr. Pahl betont, dass der Ausschuss für die IHK eine wichtige Schnittstelle zwischen Berufsschullehrern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervetretern ist, die den bildungspolitischen Austausch fördert. Er erläutert das Vorgehen der IHK Berlin bei der Auswahl der sechs Kandidaten für den BBA. Vertiefte Erfahrungen im bildungspolitischen Bereich sind Maßstab für die Auswahl gewesen, weshalb in der Regel für den BBA möglichst

Personalverantwortliche aus Unternehmen und nicht die Unternehmer selbst gewonnen werden. Außerdem wurde versucht, die Bandbreite der Berliner Unternehmen und Branchen in der Auswahl abzubilden. Herr Dr. Pahl stellt die in der Anlage 1 zur Einladung genannten Kandidaten kurz vor und weist auf eine personelle Änderung bei den Kandidaten für eine ordentliche Mitgliedschaft hin. Frau Jutta Kreins von Bär & Ollenroth steht für eine Kandidatur nicht mehr zur Verfügung. Stattdessen hat Frau Birgit Klimek, Leiterin Nachwuchskräfte bei der Berliner Sparkasse Interesse an einer Mitarbeit im BBA bekundet.

Frau Mützel wünscht sich, dass noch mehr Kandidaten von kleinen und mittleren Ausbildungsbetrieben vertreten sind und bekundet ihrerseits Interesse an einer Mitarbeit im Ausschuss. **Herr Janßen** schlägt sodann vor, Frau Mützel als ordentliches Mitglied für eine Mitarbeit im BBA zu nominieren.

Obwohl es sich bei der Nominierung nicht um eine Wahl im Sinne von § 8 der Geschäftsordnung handelt, wird - wegen der nunmehr streitigen Abstimmung - über die Nominierung der Kandidaten für eine ordentliche Mitgliedschaft im BBA geheim abgestimmt. Die entsprechenden Stimmzettel werden parallel zur Sitzung vorbereitet. Die Nominierung der Kandidaten als stellvertretende Arbeitgebermitglieder des BBA erfolgt anschließend in offener Abstimmung über jeden Kandidaten einzeln.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung sind 65 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

1. Nominierung der Kandidaten für eine ordentliche Mitgliedschaft

Auszählung der Stimmzettel:

- **Birgit Klimek erhält 53 Stimmen**
- **Bettina Mützel erhält 50 Stimmen**
- **Tarek El-Sobhi erhält 45 Stimmen**
- **Martin Stöckmann erhält 45 Stimmen**
- **Dr. Gerhard Schauer erhält 42 Stimmen**
- **Herr Bernhard Antmann erhält 41 Stimmen**
- **Gerhard Stolz erhält 39 Stimmen**

Die IHK Berlin wird damit die ersten sechs Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, gegenüber der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen als ordentliche Mitglieder für den BBA vorschlagen.

(Anmerkung zum Protokoll: Im Nachgang zur Vollversammlung hat sich herausgestellt, dass bei der Auszählung der Stimmzettel im Konferenzzentrum eine Urne übersehen und die darin enthaltenen Stimmzettel versehentlich nicht ausgezählt wurden. Die Auszählung dieser Urne wurde unter Aufsicht des Justizars der IHK Berlin umgehend nachgeholt. An der Reihenfolge der Kandidaten hat sich keine Veränderung ergeben. Alle Stimmzettel werden zur Sitzungsakte genommen.)

2. Nominierung der Kandidaten für eine stellvertretende Mitgliedschaft

Als stellvertretende Mitglieder werden jeweils einstimmig nominiert:

- **Kristina Fuhrmann**
- **Susanne Krusch**
- **Dieter Mießen**
- **Uwe Nickelmann**
- **Heike Traut**
- **Peter Zetzsche**

TOP 5: Gehaltssystem der IHK Berlin

Herr Dr. Schweitzer knüpft an die Diskussionen in den letzten beiden Sitzungen der Vollversammlung des vergangenen Jahres an, in denen die notwendigen Anpassungen des Finanzstatuts der IHK Berlin vorgenommen wurden, um einige Regelungslücken zu schließen. Ein Aspekt dieser Verabredungen im Bund-Länder-Ausschuss für alle Bundesländer dabei war, dass die Vollversammlung über weitere personalwirtschaftliche Grundsätze, insbesondere die allgemeinen Grundlagen der Gehaltsfindung in Kenntnis gesetzt wird und diesen zustimmt.

Herr Eder erläutert, dass auch bisher die Vollversammlung im Rahmen der jährlichen Beschlüsse zum Haushalt über das Personalbudget entschieden hat. Darüber hinaus wird nun ab diesem Jahr regelmäßig über die Gehaltssummen der einzelnen Funktionsgruppen

im Anhang zur Bilanz berichtet; zum anderen soll die Vollversammlung das vorhandene Gehaltssystem zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Anschließend gibt Herr Eder anhand der als Anlage 2 beigefügten Präsentation einen Überblick über das Gehaltssystem der IHK Berlin und beginnt mit dem Gehaltsgefüge vor dem Jahr 2000 (Folien 3 und 4), das im Grundsatz den Gehaltssystemen des öffentlichen Dienstes entsprach. Die Überarbeitung wurde wegen der finanziellen Schwierigkeiten der IHK Berlin notwendig und sollte darüber hinaus eine stärkere Orientierung an vergleichbaren Marktgegebenheiten, am Leistungsprinzip und an einer modernen und gerechteren Altersversorgung bewirken (Folien 5 und 6). Damit verbunden ist eine regelmäßige marktorientierte Anpassung des Gehaltssystems, zuletzt im Jahr 2012. Details zu den Grundlagen des Gehaltssystems sowie der Altersversorgung können den Folien 7 bis 22 entnommen werden.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Herren Dobat, Eder, Hübner, Krüger** und **Paolini**. Zunächst wird die Veränderung bei der Altersversorgung thematisiert: Während früher die Pension eines beispielhaften Mitarbeiters, der 20 Jahre für die Kammer gearbeitet hat, Kosten i.H.v. etwa 112.000 Euro verursacht hat, kostet ein solcher Mitarbeiter die IHK heute nur noch etwa 24.000 Euro. Auf die Frage nach einem Benchmark der Gehaltssysteme der IHKs zeigt sich, dass ein solcher Vergleich aufgrund der unterschiedlichen Strukturen in den einzelnen IHKs nicht einfach ist.

Die Vollversammlung nimmt das Gehaltssystem der IHK Berlin zustimmend zur Kenntnis.

TOP 6: Aktuelle Themen

1. Vorstellung der neuen Vorsitzenden der Wirtschaftsunioren

Frau Gustavus, Geschäftsführerin der Maler- und Lackiererinnung stellt sich als neue Vorsitzende der Wirtschaftsunioren Berlin vor. Sie geht kurz auf die engen Verbindungen zwischen Wirtschaftsunioren und IHK Berlin ein und stellt dann aktuelle Projekte wie das Projekt „Tellerrand“, die „Kulturpaten“ und den „Funpreneur Wettbewerb“ vor. Frau Gustavus dankt der Vollversammlung für die bisherige gute Zusammenarbeit und hofft, diese auch weiter fortführen zu können.

2. Bericht aus dem DIHK

Herr Dr. Schweitzer berichtet ausführlich über seine Tätigkeiten beim DIHK. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind derzeit vor allem die Themen Energiewende und Fachkräftemangel von großer Bedeutung, wozu er mit den Ministern Gabriel und Nahles vertiefte Gespräche geführt hat. Deutschland werden im Jahr 2015 voraussichtlich sechs Millionen Fachkräfte fehlen. Um diese Lücke zu schließen, sind verschiedene Ansatzpunkte denkbar: Vor allem älteren Menschen sollte durch individuelle Arbeitszeitmodelle eine längere Erwerbstätigkeit ermöglicht werden; außerdem sollten jene Frauen, die jetzt nur in Teilzeit arbeiten, verstärkt die Möglichkeit einer Vollzeittätigkeit erhalten. Schließlich sollte den qualifizierten Zuwanderern in Deutschland die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit leichter gemacht werden.

3. Bericht aus den IHK Gremien

a. Präsidium

Herr Eder berichtet kurz über die vorangegangene Präsidiumssitzung, in der neben den in der Vollversammlung vertieften Themen vor allem Gespräche mit verschiedenen Senatoren sowie neue Angebote für Start-ups thematisiert wurden.

b. Arbeitskreis Kammermodernisierung

Herr Irrgang berichtet von der letzten Sitzung des Arbeitskreises (AK) Kammermodernisierung Mitte Februar 2014. Themen waren u.a. die Öffentlichkeit von Sitzungen, die Vertraulichkeit von Dokumenten sowie das Zusammenspiel in der Meinungsbildung von IHKs und dem DIHK. Welche Standpunkte die IHK Berlin in den Gremien des DIHK vertritt, können interessierte Vollversammlungsmitglieder in Zukunft in den Protokollen der DIHK-Vollversammlung nachlesen, die in der IHK Berlin auf Nachfrage gern eingesehen werden können. Auch soll in den Vollversammlungssitzungen der IHK Berlin in Zukunft vermehrt aus den Gremiensitzungen des DIHK berichtet werden. Herr Irrgang stellt fest, dass damit die Agenda des Arbeitskreises weitgehend abgearbeitet ist und bittet um Anregungen für weitere Themen, mit denen sich der AK beschäftigen sollte.

Herr Irrgang berichtet außerdem, dass das Verwaltungsgericht Berlin mit Urteil vom 14. Februar 2014 die Anfechtung der Wahl zur Vollversammlung durch Herrn Kai Boeddinghaus abgewiesen hat. Das Gericht hat die Auffassung der IHK Berlin vollumfänglich bestätigt: Besonders bestellte Bevollmächtigte sind zur Wahlanfechtung nicht befugt, der Wahlausschuss darf die Gültigkeit von Bewerbungen auch inhaltlich prüfen und für die

besondere Bevollmächtigung bedarf es mehr als einer pauschalen Bestätigung des Unternehmens darüber.

4. Themen aus der Vollversammlung

Es werden keine weiteren Themen angesprochen.

5. Weitere Themen

a. Nachtragshaushalt 2014

Herr Eder informiert zu den Plänen im Jahr 2015 die Passage des LEH baulich zu verändern. Diese Überlegung beruht auf folgenden Gründen: die erste Anlaufstelle der IHK Berlin, das Service Center, soll aus dem „Versteck“ in der ersten Etage in die Eingangshalle umziehen, um eine neue und positive Empfangssituation zu kreieren. Außerdem waren die unterschiedlichen gastronomischen Konzepte in der Fasanenpassage – auch unter verschiedenen Betreibern – nie wirtschaftlich erfolgreich. Darüber hinaus gibt es mehrere Überlegungen, zusätzliche Anlaufstellen der Wirtschaft im LEH zusammenzuführen. Dazu zählen die Einrichtung eines Business Welcome Centers für Start-ups, dessen Errichtung laut einer Senatsinitiative der IHK übertragen werden soll sowie der Firmenservice (FIS) der Ausländerbehörde, der gern ebenfalls ins LEH ziehen möchte. Damit gäbe es dann tatsächlich *eine* zentrale Anlaufstelle für die Berliner Wirtschaft im LEH.

Herr Eder berichtet anschließend über das geplante weitere Vorgehen. In der nächsten Sitzung im Juni sollen der Vollversammlung mehrere innenarchitektonische Entwürfe zur Diskussion vorgelegt werden. Sollte es Anregungen und Hinweise aus der Vollversammlung zur Gestaltung der Fasanenpassage geben, bittet er um einen Hinweis dazu bis Ende Mai 2014. Im September soll die Vollversammlung dann den entsprechenden Bauhaushalt (keinen Nachtragshaushalt) beschließen, sodass nach dem Neujahrsempfang im Januar 2015 mit den Baumaßnahmen begonnen werden kann. Die Finanzierung des Umbaus erfolgt aus vorhandenen Mitteln (Rücklagen) der IHK Berlin.

b. Vorstellung des Business Welcome Service

Herr Irrgang stellt den Business Welcome Service der IHK Berlin vor, der ausländische Unternehmern und Existenzgründer sowie qualifizierte Arbeitnehmer bei Fragen nicht nur zu aufenthaltsrechtlichen Fragen, sondern auch zur Gründung, Ansiedlung oder Arbeitsaufnahme in Berlin mehrsprachig, zeitnah und umfassend berät. Dieser besondere Service ist wesentlicher Teil der Willkommenskultur in Berlin.

c. Vorstellung der Praktikumsinitiative

Frau Dr. Haß macht auf die bereits in der September-Vollversammlung 2013 angekündigte Initiative „Praktikum in der Berliner Wirtschaft“ aufmerksam, mit der die IHK Berlin vor allem kleine Unternehmen beim Entdecken und Binden junger Talente unterstützen will. Durch eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Einhaltung angemessener Qualitätsstandards im Praktikum können sich Unternehmen als gute und zuverlässige Arbeitgeber sichtbar machen. Weitere Informationen hierzu entnehmen Sie der Anlage 3, die dem Protokoll beigelegt ist.

d. Vorstellung des Konzepts „Ehrbarer Kaufmann“

Herr Wiesenhütter verweist auf die Initiative der IHK Berlin zum „Ehrbaren Kaufmann“, die eine Positionierung zum Begriff des ehrbaren Kaufmann erarbeiten will. Er wirbt dafür an der Online-Umfrage zum Thema teilzunehmen und sich bei Interesse in der geplanten Arbeitsgruppe zum „Ehrbaren Kaufmann“ zu engagieren.

TOP 7: Verschiedenes

Herr Dr. Schweitzer kündigt an, dass die Sitzung der Vollversammlung im September aus terminlichen Gründen vom 10. September auf den 22. September verschoben werden muss.

Für die nächste Sitzung am 11. Juni 2014 kündigt er den Besuch des Finanzsenators Ulrich Nußbaum an.

Herr Dr. Schweitzer schließt die Sitzung um 18:35 Uhr.

Berlin, den 26. März 2014



Dr. Eric Schweitzer
Präsident



Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Anlagen:

- Anlage 1: Präsentation Tempelhofer Feld
- Anlage 2: Präsentation Gehaltssystem der IHK Berlin
- Anlage 3: Präsentation Praktikumsinitiative